

Die Debatte am Dante

„Flüchtlingspolitik“ – eine Podiumsdiskussion der SMV

Die **SchülerMitVerantwortung** des Dante-Gymnasiums veranstaltete am 26. Februar 2015 eine Podiumsdiskussion in der Mensa zum Thema, wie Flüchtlingspolitik in Deutschland und in Bayern gestaltet wird, wie die Situation der Flüchtlinge in München ist und wie die Betreuung der oft schwer traumatisierten Flüchtlinge aussieht. Dazu hatte die SMV prominente Vertreter der politischen Parteien, nämlich die Stadträtin Jutta Koller (Die Grünen), die Landtagsabgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Andreas Lorenz (CSU), und den Geschäftsführer des Vereins REFUGIO München Jürgen Soyer eingeladen. Für die SMV saß der Schülersprecher Thomas Dörtgöz auf dem Podium. Die Moderation hatte die Vorjahresabiturientin und Journalistikstudentin Sofia Faltenbacher dankenswerterweise übernommen.

Nach der Begrüßung durch die Moderatorin und einer kurzen Vorstellungsrunde der Gäste auf dem Podium berichtete Thomas Dörtgöz von einer Befragung, die kürzlich Mitglieder der SMV mit Passanten auf dem Marienplatz durchgeführt hatten. Durchweg alle Befragten äußerten hiernach ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik, wobei die Gründe aber – ähnlich wie in vielen Befragungen in den Medien – sehr unterschiedlich waren: Ein Teil der Interviewten gab an, Deutschland werde seiner Rolle nicht gerecht, da es zu wenig Flüchtlinge aufnehme, einem anderen Teil seien es zu viele Flüchtlinge, die Schutz bei uns fänden. Außerdem wurden größere außen- und europapolitische Anstrengungen angemahnt, um Flüchtlingsströme schon in ihrem Entstehen zu verhindern.



Nach dieser Einführung entwickelte sich ein munteres Gespräch der Teilnehmer auf dem Podium, das von Sofia Faltenbacher souverän geleitet wurde. Hierbei wurde viel bereits Bekanntes, aber durchaus auch noch nicht Gehörtes an Tatsachen berichtet und erläutert und es kamen auch, vor allem in der Auseinandersetzung zwischen Jutta Koller und Florian von Brunn auf der einen und Andreas Lorenz auf der anderen Seite, die doch etwas unterschiedlichen Vorstellungen der politischen Parteien vor allem zur Umsetzung der Asylgesetzgebung zum Vorschein. Jürgen Soyer wies daraufhin, dass das

bestehende Asylrecht insgesamt in Frage gestellt werden müsste, da es seit seiner Erneuerung durch das Schengen-Abkommen in grundlegenden Punkten nahezu ausgehöhlt worden sei, so dass überhaupt nur ein geringer Prozentsatz von Kriegsflüchtlingen und politisch Verfolgten, also durchaus asylberechtigten Menschen, in der Lage sei, auf legalem Weg nach Europa zu gelangen und einen Asylantrag zu stellen.

80 Prozent aller Flüchtlinge weltweit sind Frauen und Kinder, geschätzt sind derzeit 50 bis 60 Millionen Menschen – andere Quellen sprechen von bis zu 100 Millionen Menschen – auf unserem Planeten auf der Flucht. Die Ursachen für Vertreibung und Flucht sind vielfältig, generell aber muss man bedenken, dass Menschen nur notgedrungen ihre jeweilige Heimat, ihre Kultur, ihre Familien und Freunde verlassen. Eine klare Unterscheidung in sogenannte „echte“ Flüchtlinge und sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ ist oft problematisch und nicht sinnvoll.

Jutta Koller wies darauf hin, dass es für die betroffenen Länder ein Problem darstellt, wenn die gebildete Elite ein Land verlässt, z.B. ist dies im Kosovo der Fall. Dann blute das Land aus und könne wirtschaftlich nicht auf die Beine kommen. Hier sei es Aufgabe, auch die der EU, die Infrastruktur jener Länder zu stärken, sodass es keinen Anreiz gäbe, das Land zu verlassen. Florian von Brunn kritisierte in diesem Zusammenhang, dass es nach dem Eingreifen der NATO in den Jugoslawien-Krieg und der Anerkennung des Kosovos als unabhängigen Staat von der EU und anderen versäumt worden sei, dort Unterstützung für den Aufbau einer funktionierenden Zivilgesellschaft zu leisten. Außerdem betonte er, dass der Westen in den letzten Jahrzehnten vielfach stark dazu beigetragen habe, dass die Menschen nicht in ihren Ländern bleiben wollten oder es schlichtweg nicht konnten. Wörtlich nannte er dies die „westliche Politik des Versagens“. In diesem Zusammenhang kann man auf die Situationen im Irak oder in Libyen verweisen, wo zwar diktatorische und menschenrechtsverachtende Regime durch das militärische Eingreifen bzw. durch von den USA und Europa initiierte Kriege zu Fall gebracht wurden, wo aber danach massiv versäumt wurde, die jeweiligen Länder bei der Schaffung stabiler politischer und wirtschaftlicher Strukturen zu unterstützen. Die Resultate sind heute nahezu täglich in den Medien Thema, sei es die Besetzung von irakischen Gebieten durch den sogenannten „Islamischen Staat“, sei es die desolate Lage in Libyen, wo sich mittlerweile über eine Million Flüchtlinge vor allem aus Zentralafrika aufhalten sollen, die auf eine Möglichkeit, das Mittelmeer nach Europa zu überqueren, warten.

Hinsichtlich der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen in Deutschland beklagte Jürgen Soyer zu Recht, dass die Politik sich dieser Aufgabe teilweise nur halbherzig stelle. So werde gefordert, dass die Flüchtlinge Deutsch lernten, gleichzeitig sei aber vom bayerischen Innenministerium das Budget für die Deutschkurse für Flüchtlinge gekürzt worden. Jutta Koller wies darauf hin, dass viele Länder, die deutlich ärmer als Deutschland seien, viel mehr Flüchtlinge aufnahmen, z.B. Pakistan. Es gehe nicht um die Frage, dass Deutschland alle Flüchtlinge aufnehme, da vergleichsweise nur wenige Flüchtlinge überhaupt nach Deutschland gelangten. Den verschiedenen Bundesländern und dort den jeweiligen Standorten werden Flüchtlingsgruppen jeweils unterschiedlicher Provenienz zugeteilt, z. B. kämen vorwiegend Kriegsflüchtlinge aus Syrien nach München, sodass sich für die Bevölkerung vor Ort die Situation auch unterschiedlich ausnehme und auch verschiedene Arten von Problemen entstehen könnten.

Nach ungefähr einer Stunde wurde die Diskussion auf dem Podium dann für die Fragen der zahlreich in der Mensa vertretenen Zuhörer geöffnet:

Inwieweit hat Bayern die Möglichkeit, Gesetze zur Flüchtlingspolitik zu ändern?

Bayern kann über den Bundesrat mitwirken. Viele Regularien zur Flüchtlingspolitik werden auf Bundesebene entschieden und müssen mit den Vorgaben der Genfer Flüchtlingskonvention und den EU-Gesetzen übereinstimmen. Deutschland halte sich im Vergleich zu anderen EU-Staaten sehr genau an die Vorgaben. Wichtig sei es, dass auch die anderen EU-Staaten ihren Verpflichtungen nachkämen. Sinnvoll wäre eine europäische Kontingentierung der Flüchtlinge nach einheitlichen europäischen Standards.

Wie kann man Flüchtlinge integrieren bzw. wie soll man mit ihnen umgehen?

Die Zivilgesellschaft, das heißt, jeder Einzelne von uns, muss auf Flüchtlinge zugehen. Die Schulen und Sportvereine müssen sich ihnen öffnen, z.B. könne man Cafés oder Treffs in größeren Flüchtlingsheimen als Begegnungspunkte einrichten. Es muss genügend Kapazitäten zum Deutschlernen geben, z.B. bereits in den Grundschulen, der Arbeitsmarkt muss für Flüchtlinge zugänglich sein, ein Integrationsrat muss auf Landesebene verankert werden und traumatisierte Kriegsflüchtlinge müssen psychologisch betreut werden. Flüchtlingen begegnen wir ständig im Alltag, auf der Straße, in der U-Bahn, am Arbeitsplatz, in der Schule – man muss nur die Augen aufmachen und sie ansprechen. Erst muss man „willkommen“ sagen, irgendwann aber werden die Flüchtlinge dann Bestandteil des Landes und unseres Lebens sein.

Wie genau läuft ein Asylverfahren ab und wie lange dauert das?

Die Asylverfahrensdauer beträgt circa ein halbes Jahr. Der Flüchtling stellt laut dem Dubliner Abkommen seinen Asylantrag in dem EU-Land, das er zuerst betreten hat. Darauf folgt ein Asylinterview. Die unterschiedliche Dauer der Verfahren hängt meist vom Herkunftsland ab, bei Flüchtlingen aus Syrien geht es momentan schnell, sie werden aufgrund des Bürgerkriegs in der Regel als Asylanten anerkannt. Flüchtlinge aus dem Kosovo hingegen werden in der Regel abgelehnt. Nach der Entscheidung steht dem Flüchtling bei Ablehnung seines Antrags noch der Rechtsweg offen. Generelles Problem sei der Personalmangel in den zuständigen Stellen, momentan seien circa 180.000 Verfahren unbearbeitet.

Was tut die Politik, um die Integration von Flüchtlingen zu erleichtern? Warum sind Flüchtlingsunterkünfte häufig in abgelegenen Gegenden?

Optimal wären für die Unterbringung von Flüchtlingen Städte. Das aber ist aufgrund der Kapazitäten nicht immer möglich, da es in Ballungszentren schwieriger ist, geeignete Immobilien zu finden. Also müssen Flüchtlinge auch in Landkreisen untergebracht werden.

Was geschieht mit anerkannten Asylanten? Gehen sie vielleicht irgendwann auch wieder in ihre Heimatländer zurück?

Dies geschieht eher selten, aber möglich ist dies. Dazu gibt es die Initiative „Coming home“. Wichtig sei aber, dass auch nach einem abgeschlossenen Asylverfahren die Integration weitergeht.

Wieso gibt es von Seiten der Politik so großen Widerstand gegen das Kirchenasyl und die private Unterbringung von Flüchtlingen?

Die Bundesrepublik ist ein Rechtsstaat, die Kirche kann keine parallele Asylgesetzgebung zum Bund machen. Ein Kompromissvorschlag wäre aber, dass die Kirche, wenn sie Flüchtlinge aufnimmt, auch für diese bezahlt. Außerdem ist mittlerweile die Residenzpflicht für Flüchtlinge aufgehoben. Wenn Privatpersonen Flüchtlinge aufnehmen wollen, ist das möglich und auch erwünscht.

Wie kann man das Sterben der Flüchtlinge bei der Überquerung des Mittelmeers verhindern?

Aufgrund der herrschenden Asylgesetze und der Visumpflicht gibt es für Flüchtlinge kaum legale Möglichkeiten, Europa zu erreichen. So sind sie in ihrer Not gezwungen, die illegalen und somit lebensgefährlichen Wege zu nehmen. Europa schaffe, so Jürgen Soyler, die Bedingungen für die Schlepperrouten, es schaffe die Bedingungen, dass die Menschen auf ihrer Flucht umkommen. Ein Vielfaches an Geld werde von der EU für die Sicherung der Grenzen und die Abschottung Europas ausgegeben im Vergleich zu den eher geringen Summen, die für die Flüchtlinge bezahlt werden. Florian von Brunn empfiehlt, direkt diesbezüglich an den zuständigen Bundestags- und Europaabgeordneten zu schreiben, außerdem weist er auf die Möglichkeit eines Europäischen Bürgerbegehrens hin.

Abschließend berichtete Jürgen Soyler noch kurz über die Arbeit des Vereins REFUGIO, ein Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer, das 1994 gegründet wurde und seine Entstehung einer privaten Initiative verdankt. Nähere Informationen zu der interessanten und wichtigen Arbeit von REFUGIO finden sich unter: www.refugio-muenchen.de

Das Thema „Flüchtlinge / Flüchtlingspolitik“ beherrschte nicht nur in den vergangenen Tagen die öffentliche Diskussion, nachdem innerhalb eines Wochenendes über 1000 Menschen im Mittelmeer gestorben sind, sondern auch die Schülerinnen und Schüler des Dante-Gymnasiums beschäftigen sich, wie die Podiumsdiskussion der SMV zeigte, intensiv damit. Darüber hinaus findet das Thema zunehmend auch, meist auf Wunsch der Schülerinnen und Schüler, Eingang in den Unterricht: In der Q11 beschäftigt sich das W-Seminar Italienisch mit zeitgenössischer italienischer Literatur, die schon seit einigen Jahren die illegale Einwanderung über das Mittelmeer und die sich häufenden Katastrophen hierbei thematisiert. Die Klassen 10a und 10b lesen im Deutschunterricht Fabio Geddas „Im Meer schwimmen Krokodile“ über die Flucht eines afghanischen Jungen nach Europa, die Klasse 7a behandelt Anne-Laure Bondoux' Jugendbuch „Zeit der Wunder“.

Das Thema „Flüchtlinge“ wird uns weiter beschäftigen. Es ist zu vermuten, dass die Diskussionen darüber gerade erst in eine breitere Öffentlichkeit gelangt sind, obwohl das Problem in Europa und am Mittelmeer schon seit über zwanzig Jahren besteht. Es ist auch zu vermuten, dass wir erst am Anfang einer Reihe sehr unbequemer Fragen stehen. Noch machen wir uns Gedanken darüber, ob wir überhaupt Flüchtlinge aufnehmen müssen, wie wir sie unterbringen, wie wir sie integrieren. Es stellen sich die Fragen nach einer einheitlichen Vorgehensweise Europas, nach der Rolle einzelner EU-Staaten, nach Europa als Wertegemeinschaft. Es stellen sich die Fragen nach der Grenzsicherung Europas, nach der Bekämpfung der kriminellen, mittlerweile häufig vom sogenannten „Islamischen Staat“ unterwanderten Schlepperorganisationen, nach der Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Ländern. Vereinzelt werden auch schon die Fragen laut, wie die Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verbessert werden müsste, damit die Menschen überhaupt nicht mehr zur Flucht gezwungen sind. Und daran schließen sich die Fragen nach den Ursachen von Krieg und Armut an.

Noch sind die Stimmen sehr rar, die da auf einen Rückschluss zu Europa und der westlichen Welt aufmerksam machen, doch sie werden lauter. Heribert Prantl schreibt in der Süddeutschen Zeitung vom 18./19. April 2015: „Die EU ist Träger des Friedensnobelpreises. Einer EU, die dem Sterben zuschaut, sollte der Preis wieder weggenommen werden. Eine Union, die das Meer als ihren Verbündeten begreift und einsetzt, ist eine mörderische Union.“ Wir dürfen nicht vergessen: Wir sind diese EU. Wir schauen dem Sterben zu. Und das sind die unbequemen Fragen: Sind wir Teil der Ursache für Armut und Krieg? Bei „Armut“ stellt sich die Frage, wo eigentlich der ganze Reichtum ist, wer Waren nach Afrika imponiert, die viel günstiger als die dort heimischen Produkte sind, wer durch hochtechnisierte Fangflotten den Fischern an den Küsten Afrikas, in Ägypten, in Somalia, die Existenzgrundlage vernichtet. Und bei „Krieg“ stellt sich die Frage, woher die Waffen kommen und wer sie produziert und wer daran verdient ... Oder andersherum gefragt: Wer bezahlt den Preis für unseren Frieden, unseren Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Ruhe?



München, 21. April 2015

Text: Yvonne Maruhn
Fotos: Anuschka Ptacek